

## Editorial

### 50 Jahre danach - Erinnerungen an die Zukunft?

Das Jahr 1983 markiert nicht nur den (makabren) Jahrestag der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus, der von der »Gemeinschaft aller Demokraten« in der Bundesrepublik weidlich dazu benutzt wurde, vor den Gefahren des Totalitarismus von rechts und links zu warnen. Den Faschismus in Deutschland als ein quasi anti-demokratisches, anti-bürgerliches totalitaristisches Regime abzuhaken und damit auch die historische *Kontinuität* der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland abzublocken, gehörte zum Standardrepertoire der »Festreden« in der Bundesrepublik. Dies muß zwar angesichts der Formen der Vergangenheitsbewältigung bzw. -verdrängung in der Bundesrepublik nicht erstaunen. Angesichts der sich aufdrängenden Parallelitäten der aktuellen politischen und ökonomischen Problemlagen (national wie international) zur historischen Entwicklung der 30er Jahre ist es aber umso dringender geboten, die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Krise und politischer Restrukturierung zu analysieren und zu vergleichen, um historische Fehlschlüsse nach links (Revolutionserwartung) wie nach rechts (Faschismusdrohung) zu vermeiden, *ohne* die aktuellen Gefahren zu verkennen.

Wie in den 30er Jahren geht auch heute die Weltwirtschaftskrise international mit einer Stärkung der konservativen Kräfte und der politischen Favorisierung von reaktionären Krisenlösungen einher. Dennoch: Die Unterschiede dürfen nicht verwischt werden. In keinem der entwickelten kapitalistischen Länder steht eine »faschistische Machtergreifung« auf der Tagesordnung. Und eine solche steht immer auch für die politische Zerschlagung von demokratischen und sozialistischen Organisationen mithilfe einer faschistischen Massenbewegung. Auch auf ökonomischem Feld sind die Unterschiede unübersehbar. Zwar ist die Weltwirtschaftskrise der 70er/80er Jahre in ihrem Ausmaß durchaus mit der in den 30er Jahren vergleichbar: Nach einer langen Phase der ökonomischen Prosperität setzte Mitte der 70er Jahre ein weltweiter Prozeß der ökonomischen Restrukturierung ein, der auch politische Anpassungsbewegungen nach sich zog. Und dieser Prozeß ist noch keineswegs abgeschlossen. Die historischen Bedingungen dieser Weltwirtschaftskrise sind aber nicht nur auf politischem Gebiet andere als in den 30er Jahren: So ist dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods *bislang* weder eine allgemeine Kreditkrise noch eine Desintegration des Weltmarktes von größerem Ausmaß gefolgt. Allerdings: Wie labil und anfällig gerade die Mechanismen des heutigen internationalen Geld- und Kreditsystems sind, die vorerst noch die ökonomischen Folgen der Restrukturierungen via Ausweitung der Kreditverhältnisse vermitteln konnten, wird in dem Aufsatz von *Elmar Altwater* herausgearbeitet. Am Beispiel Brasiliens werden von ihm der »Teufelskreis« der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer herausgearbeitet und dabei die drohenden Auswirkungen auf die Kreditbeziehungen auf dem Weltmarkt hervorgehoben: nämlich als Auslöser einer *allgemeinen* Geld- und Kreditkrise - mit unübersehbaren Folgen für den Weltmarkt überhaupt.

Daß durch diesen weltweiten Prozeß auch die Widersprüche in den bürokratisch-autoritären Herrschaftssystemen von Ländern der Dritten Welt sich zuspitzen können, wird in dem Aufsatz von *Guillermo O'Donnell* am Beispiel von Ländern Lateinamerikas betont.

Von diesen Erfahrungen ausgehend entwickelt O'Donnell einen eigenständigen Beitrag zur marxistischen Staatsdiskussion, der die Klärung des Unterschieds zwischen faschistischem und autoritärem Staat voranbringen dürfte.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern, zum Beispiel in der Bundesrepublik, dürfte der Faschismus deshalb *nicht* auf der Tagesordnung stehen, weil auch jenseits der ökonomischen Krise die historischen Konstellationen sich nicht einfach wiederholen und wesentliche politische Bedingungen nicht vorhanden sind: Dabei ist nicht nur die Nicht-Existenz einer revolutionären Arbeiterbewegung und die verfestigte Integration des Reformismus im politischen System hervorzuheben. Ein wesentliches Ergebnis der neueren kritisch-marxistischen historischen Forschung ist ja gerade die Erkenntnis, daß der Sieg der faschistischen Bewegung nicht nur auf die Blockierung einer bürgerlich-politischen Krisenlösung durch die Arbeiterbewegung und deren Organisationen zurückzuführen ist, sondern noch bedeutungsvoller die *Selbstblockierung* der bürgerlichen Fraktionen und ihre *mangelnde Massenbasis* für die vorgesehene Krisenlösung sein dürfte. Dieser Aspekt wird in dem Aufsatz von *David Abraham* herausgehoben, der zugleich die Selbstblockade der Sozialdemokratie angesichts der drohenden faschistischen Krisenlösung betont. Demgegenüber stehen die aktuellen konservativen Lösungswege in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in den USA gerade für eine konservative, marktbezogene Krisenlösung, die mit einer breiten Massenzustimmung verbunden ist. Auch deshalb dürfte sich hier einfache Parallelisierung verbieten.

Die in den »Festreden« peinlichst verschwiegene Kontinuität der bürgerlichen Gesellschaft im deutschen Faschismus kommt besonders deutlich in den Bezügen zwischen ökonomischem und politischem System nach 1933 zum Ausdruck: Die soziale Herrschaft des Bürgertums wurde durch die Machtergreifung nicht tangiert; wohl aber hatte die politische Absicherung dieser Herrschaft durch die faschistische Krisenlösung ihre Kosten für das Bürgertum. Die Eigendynamik dieser Krisenlösung schuf nicht nur neue Widersprüche zwischen ökonomischem und politischem System, sondern produzierte auch - besonders nach 1936 - Legitimationsprobleme besonderer Art in Bezug auf die Einbindung der Arbeiterschaft in das System. *Adelheid von Saldern* analysiert in ihrem Beitrag diese funktionalen Bezüge zwischen Politik, Ökonomie und sozialer Basis im Faschismus und kritisiert darin implizit den totalitarismustheoretischen Fehlschuß einer lediglich repressiven Integration des ökonomischen Systems und der sozialen Basis in das faschistische Herrschaftssystem. Allgemein-theoretisch sind diese Bezüge zwischen Ökonomie und Politik im Faschismus Teil der Diskussion zwischen den sozialdemokratischen Theoretikern Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer und Franz L. Neumann, deren Faschismusanalysen *Wolfgang Luthardt* in einer Synopse darstellt und analysiert.

Das nächste Heft der PROKLA wird nach den aktuellen Verarbeitungsformen der Krisenerfahrungen fragen und damit direkt oder implizit auf hier aufgeworfene Fragestellungen Antworten zur Diskussion stellen.